



## Positions- und Diskussionspapier der SPD-Landtagsfraktion Brandenburg für eine sozialdemokratische Ag- rarpolitik zur Entwicklung und den Erhalt ländlicher Regionen

### *Zusammenfassung*

- *Land- und Forstwirtschaft, Gartenbau und Fischerei sind wichtige Erwerbs- und Einkommensquellen in den ländlichen Räumen Brandenburgs sowie tragende Säulen für die Lebensfähigkeit ländlicher Gebiete.*
- *Die von der EU, vom Bund und vom Land der Landwirtschaft gewährten Transferzahlungen haben seit 1990 zu nachhaltigen, stabilen und vielfältigen Agrarstrukturen geführt, die allen Rechts- und Bewirtschaftungsformen gleichrangige Entwicklungsmöglichkeiten gewähren. Mit der SPD wird es keine Benachteiligung oder Einschränkung einzelner Rechts- und Bewirtschaftungsformen geben. Die Einführung von Degression und Kappungsgrenzen bei Förderprogrammen lehnen wir weiterhin ab.*
- *Die SPD steht dafür, dass die Arbeitnehmerrechte in den Grünen Berufen gewahrt bleiben und - solange kein bundeseinheitlicher Mindestlohn gezahlt wird - auch für die Agrarberufe verbindliche Mindestlöhne eingeführt werden.*
- *In Brandenburg bleibt eine flächendeckende Landbewirtschaftung unser politisches Ziel.*
- *Wir wollen eine den regionalen und örtlichen Bedingungen angepasste umweltgerechte Landnutzung sichern und unterstützen die Entwicklung neuer Erwerbsfelder u. a. im Tourismus, in der Direktvermarktung, im Anbau und in der Verarbeitung von nachwachsenden Rohstoffen und in der Natur- und Landschaftspflege.*
- *Brandenburg nimmt im ökologischen Landbau mit gegenwärtig über zehn Prozent Flächenanteil im bundesweiten Vergleich einen Spitzenplatz ein. Wir unterstützen weiterhin Maßnahmen, um die steigende Nachfrage nach regional erzeugten und verarbeiteten Lebensmitteln, nach Bio-Produkten und gentechnikfrei hergestellten Agrarprodukten zufrieden zu stellen.*
- *Wir fordern die Inanspruchnahme von Freiflächen zu reduzieren. Der Flächenverbrauch bei Ersatz- und Ausgleichsmaßnahmen zu Lasten der Land- und Forstwirtschaft ist deutlich zu verringern.*
- *Die SPD setzt dafür ein, dass beim Ausgleich von Eingriffen in die Natur das Ersatzgeld anderen Kompensationsmaßnahmen gleichgestellt wird beziehungsweise bei gesellschaftlich gewünschten Maßnahmen zur Nutzung erneuerbarer Energien gänzlich entfällt.*

- *Die nachhaltige und erfolgreiche integrierte Entwicklung der ländlichen Räume bleibt prioritäres Politikziel der SPD Brandenburgs und muss sich zukünftig noch stärker an den Erfordernissen des demografischen Wandels ausrichten. Das erfordert die Mitwirkung und Entscheidung der Menschen für flexible und regional angepasste Lösungen. Bisherige Strukturen, Abläufe, Normen und Standards, Finanzierungsmodelle und Verantwortlichkeiten wollen wir auf den Prüfstand zu stellen, um neue Angebotsformen und effizientere Organisationsstrukturen hervorzubringen. Kommunale Konkurrenzen bei der Einwerbung von Fördermitteln sollen durch kommunale Kooperationen abgelöst werden.*
- *Die SPD steht für eine konsequente Verbraucherschutzpolitik, die über die Information und Kennzeichnung von Produkten oder Dienstleistungen die bewusste Konsumentenentscheidung ermöglicht.*
- *Brandenburg war in den letzten Jahren von zahlreichen Hochwasserereignissen betroffen, die große Schäden verursacht haben. Die SPD setzt sich dafür ein, dass in den hochwassergefährdeten Gebieten des Landes durch Ausnutzung aller Möglichkeiten wie technische Schutzmaßnahmen und Management weitere erhebliche Verbesserungen im Hochwasserschutz erreicht werden.*
- *Klimaschutz und Naturschutz dienen dem Erhalt natürlicher Ressourcen. Die SPD setzt sich dafür ein, dass die Nutzung erneuerbarer Energiequellen in Schutzgebieten grundsätzlich möglich ist.*

## 0 Präambel

Als Sozialdemokraten befinden wir uns in einer breiten öffentlichen Debatte darüber, wie unser Land in zwei Jahrzehnten aussehen soll. Mit der Formulierung unserer „Strategie für ländliche Räume 2030“ bringen wir uns aus der Sicht der Agrarpolitik in die Diskussion um die Zukunft unseres Landes ein.

Wir wollen ein lebenswertes, modernes und wettbewerbsfähiges Brandenburg. Als Sozialdemokraten müssen wir Vorsorge tragen, dass keine Region unseres Landes von dieser Entwicklung abgehängt wird. Auch in den ländlichen Räumen brauchen wir eine Politik mit einem integrierten Ansatz, die gesellschaftliche Werte aufgreift, demografische Risiken berücksichtigt, wirtschaftliche Potenziale nutzt und Nachhaltigkeitsaspekte einbezieht.

Agrarpolitik bewegt sich in einem Rahmen, der in hohem Maße durch die gemeinsame EU-Agrarpolitik gesetzt wird. Der Brandenburger SPD gelang es trotz der starken Einflussnahme und Vorgaben deutlich eigene Akzente zu setzen, die die Agrarwirtschaft und die Entwicklung ländlicher Regionen in unserem Land geprägt haben.

Die Agrarwirtschaft mit der Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft und dem Gartenbau ist ein unersetzlicher Teil der Brandenburger Wirtschaft. Sie ist Basis für die Nahrungsmittelwirtschaft, einschließlich ihrer vor- und nachgelagerten Bereiche und bildet die Grundlage für gesunde Ernährung. Sie ist ein starker Wirtschaftsfaktor sowie ein wichtiger Beschäftigungs- und Investitionsbereich. Ortsverbundene Landwirte leisten in den Dörfern einen großen Beitrag zum Bruttosozialprodukt. Von ihrer wirtschaftlichen Leistungskraft hängt die Lebensfähigkeit und Lebensqualität in den Dörfern, aber auch in den Städten ab.

Mehr als andere Branchen steht die Agrarwirtschaft im Fokus von Verbraucherinnen und Verbrauchern. Unsere Agrarpolitik muss sich auch diesen Anforderungen stellen, die sich aus der quasi öffentlichen Produktionsweise der Landwirtschaft und dem Nutzen beziehungsweise Bereitstellen öffentlicher Güter ergeben.

Schwerpunkt wird zukünftig sein, die unterschiedlichen Ansprüche wie

- die wirtschaftliche und demografische Stabilität ganzer Regionen,
- die Erhaltung und Schaffung wettbewerbsfähiger Arbeitsplätze und Sicherung angemessener Einkommen in der Agrarwirtschaft,
- die Erhöhung der regionalen Wertschöpfung,
- die Bewahrung und Gestaltung unserer Kulturlandschaft,
- die Bereitstellung qualitativ hochwertiger, bezahlbarer und nachhaltig erzeugter Nahrungsmittel,
- die Bewältigung neuer Herausforderungen wie des Klimawandels,
- die Bereitstellung nachwachsender Rohstoffe,
- der Sicherung erneuerbarer Energien,
- die Regulierung des Landschaftswasserhaushalts,
- der Schutz unserer Böden, gerade auf eher ertragsschwachen Standorten und
- die touristische Erschließung des Landes

miteinander zu verbinden und Synergieeffekte zu erzielen.

Verbraucherpolitik und Verbraucherschutz werden im Land Brandenburg von EU-rechtlichen Vorgaben geprägt. Für den einzelnen Konsumenten ist es nicht immer einfach, sich als mündiger Bürger vor gesundheitlichen oder wirtschaftlichen Risiken zu schützen. Verbraucherinnen und Verbraucher benötigen echte Wahlmöglichkeiten, genaue Informationen und transparente Märkte. Gerade in den Bereichen Lebensmittel- und Produktsicherheit, Dienstleistungen und Finanzen erfahren Verbraucher, dass Angebote zur Verbraucherbildung, unabhängige Informationen und die Beratung wichtig sind, um richtige Entscheidungen treffen zu können. Die SPD steht für eine konsequente Verbraucherschutzpolitik, die über die Information und Kennzeichnung von Produkten oder Dienstleistungen die bewusste Konsumentenentscheidung ermöglicht. Die Verbraucherberatung ist ein Grundpfeiler für eine starke Verbraucherpolitik im Land Brandenburg.

## 1 Zukunftsfähige Agrarwirtschaft

Nur eine wettbewerbsfähige, unternehmerisch tätige und bodenständige Agrarwirtschaft kann langfristig ökonomisch und ökologisch nachhaltig sein. Die Wettbewerbsfähigkeit muss vor dem Hintergrund einer zunehmenden Globalisierung, einer stärkeren Nachfrage nach Rohstoffen, einem sich weiter liberalisierenden Agrarmarkt und dem Rückgang staatlicher Transferzahlungen gewährleistet sein.

Für die SPD bleibt es daher übergeordnetes Ziel, die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Agrarwirtschaft zu stärken. Die seit 1990 gewählte Prämisse, allen Rechts- und Bewirtschaftungsformen gleichrangige Entwicklungsmöglichkeiten zu gewähren, hat zu nachhaltigen, stabilen und vielfältigen Agrarstrukturen geführt. Mit uns wird es keine Benachteiligung oder Einschränkung einzelner Rechts- und Bewirtschaftungsformen geben. Die Einführung von Degression und Kappungsgrenzen bei Förderprogrammen lehnen wir weiterhin ab. Der Strukturwandel und die Notwendigkeit zur Effizienzsteigerung werden durch sozialdemokratische Politik begleitet und unterstützt, um Unternehmensvielfalt zu wahren, Arbeitsplätze zu sichern oder neu zu schaffen.

Die SPD steht dafür, dass die Arbeitnehmerrechte in den Grünen Berufen gewahrt bleiben und - solange kein bundeseinheitlicher Mindestlohn gezahlt wird - auch für die Agrarberufe verbindliche Mindestlöhne eingeführt werden. Auch in diesen Wirtschaftszweigen müssen Einkommen so dimensioniert sein, dass die Menschen von ihrer Arbeit leben können. Lohndumping bei Vollzeit-, Teilzeit- und Saisonarbeitskräften in den Grünen Berufen lehnen wir ab.

Um den wandelnden gesellschaftlichen Ansprüchen an die Produktion gerecht zu werden und die Wettbewerbsfähigkeit zu gewährleisten, sind weiterhin hohe Investitionen in der Landwirtschaft notwendig. Diese lassen sich mit Produktionserlösen derzeit nicht realisieren. Daher wird eine Agrarinvestitionsförderung für die nähere Zukunft notwendig bleiben.

Wir Sozialdemokraten fordern von der EU verlässliche, unbürokratische Direktzahlungen für alle Landwirte ohne erhebliche bürokratische Mehraufwendungen und deutliche Vereinfachungen beim Verwaltungsvollzug. Um das vorhandene Wertschöpfungspotenzial zu nutzen, legen wir besondere Anstrengungen auf:

- die Stärkung regionaler Produkte und Verarbeitungskapazitäten;
- die Erschließung weiterer Marktpotenziale, insbesondere in Berlin;
- Investitionen in die Tierhaltung und in den Tierschutz.

Es bleibt nach wie vor das Ziel unserer Sozialdemokratischen Politik, eine agrarische Forschung und Aus-, Fort- und Weiterbildung auf hohem Niveau zu erhalten. Ein starker Forschungs- und Entwicklungsbereich ist Garant für die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit, eine nachhaltige Produktion und Innovationen. Brandenburg bietet mit seiner breit aufgestellten Forschungslandschaft und seinen wissenschaftlichen Einrichtungen in der Agrar- und Umweltforschung beste Voraussetzungen, um anwenderorientierte Lösungen für die Agrarwirtschaft anzubieten. Wir wissen, dass gerade beim derzeitigen Strukturwandel im Agrarbereich und aufgrund verschiedener Rahmenbedingungen vor allem die wissenschaftliche Begleitung durch angewandte Forschung wichtiger ist als je zuvor. Die SPD wird dafür Sorge tragen, dass neue Erkenntnisse aus den agrarrelevanten Bereichen den Weg in die Praxis finden. Durch die Schaffung neuer Strukturen und Konzentration von Forschungsfeldern, werden wir die Agrarforschung weiter verbessern und das Versuchswesen erhalten.

## **2 Umweltgerechte flächendeckende Landnutzung sichern – Verantwortung für schützenswerte Lebensräume wahrnehmen**

In Brandenburg bleibt eine flächendeckende Landbewirtschaftung politisches Ziel. Dies schließt unterschiedliche Arten und Intensitäten der Landbewirtschaftung ein. Über Jahrhunderte haben vor allem Bauern, Förster und Fischer unsere Landschaft verändert und für ihre Zwecke gestaltet und kultiviert. Die natürlichen Standortfaktoren und Handeln der Menschen haben eine regional unterschiedliche Kulturlandschaft geprägt. Die Kulturlandschaft ist ein öffentliches Gut, deren Vielfalt erhalten und erlebbar bleiben soll. Dies kann auf Dauer und mit vertretbarem Aufwand nur durch Landnutzung geschehen.

Wir wollen eine den regionalen und örtlichen Bedingungen angepasste umweltgerechte Landnutzung sichern. Damit sollen neben Arbeitsplätzen in der eigentlichen landwirtschaftlichen Produktion auch neue, wettbewerbsfähige Erwerbsfelder entwickelt werden. Diese sehen wir für Brandenburg zum Beispiel im Tourismus, in der Direktvermarktung, im Anbau und in der Verarbeitung von nachwachsenden Rohstoffen, in der Natur- und Landschaftspflege. Wir unterstützen Maßnahmen in der Landwirtschaft, die der Bewältigung der sogenannten neuen Herausforderungen - Biodiversität, Klima, Wasser, regenerative Energien - dienen.

Wir stehen für die Bewahrung der typischen Landschaften Brandenburgs, den Schutz heimischer Flora und Fauna sowie für die Wiederherstellung von Lebensräumen bedrohter Tier- und Pflanzenarten.

Die SPD wird sich dafür einsetzen umweltgerechtes Handeln zu stärken. Wir erwarten, dass die Wirtschaft im Bereich Umwelt Verantwortung übernimmt und mit freiwilligen Verpflichtungen vorangeht.

## **3 Regionalität und ökologischer Landbau**

Wir wollen der Landwirtschaft dabei helfen, auf aktuelle Nachfragetrends zu reagieren. Dies betrifft insbesondere die steigende Nachfrage nach regional erzeugten und verarbeiteten Lebensmitteln, nach Bio-Produkten und gentechnikfrei hergestellten Agrarprodukten.

Brandenburg nimmt im ökologischen Landbau mit gegenwärtig über zehn Prozent Flächenanteil im bundesweiten Vergleich einen Spitzenplatz ein. Wir setzen uns dafür ein, weiterhin

Maßnahmen zu unterstützen, die den Anteil von brandenburgischer Bio-Ware am deutschen und insbesondere am Berliner Markt erhöhen.

#### **4 Neue Ansätze zur Entschärfung der Flächenkonkurrenz**

Für die Produktion von Rohstoffen ist eine nachhaltige landwirtschaftliche Nutzung der Böden Voraussetzung. Daher kommt dem Schutz des Bodens eine große Bedeutung zu. Wir sehen mit Sorge, dass der Land- und Forstwirtschaft immer mehr Flächen für Infrastrukturmaßnahmen oder für Naturschutzzwecke entzogen werden. Hier sind neue Wege notwendig, um Infrastrukturausbau, Naturschutz und Schutz des Bodens mit der landwirtschaftlichen Nutzung in Einklang zu bringen. Das gilt auch für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen. Die Nutzungskonkurrenzen mit dem Naturschutz sind zu entschärfen und eine agrarische Erzeugung weiterhin zu ermöglichen.

Wir fordern, die zusätzliche Inanspruchnahme von Freiflächen bis zum Jahr 2020 in Deutschland auf 30 Hektar pro Tag zu reduzieren. Der Flächenverbrauch bei Ersatz- und Ausgleichsmaßnahmen zu Lasten der Land- und Forstwirtschaft ist deutlich zu verringern.

Gleichzeitig setzt sich die SPD dafür ein, dass beim Ausgleich von Eingriffen in die Natur das Ersatzgeld anderen Kompensationsmaßnahmen gleichgestellt wird beziehungsweise bei gesellschaftlich gewünschten Maßnahmen zur Nutzung erneuerbarer Energien gänzlich entfällt. So sollte der Strom- und Trassenleitungsbau mit Blick auf die umweltpolitischen Ziele der Energiewende vom Naturschutzausgleich freigestellt werden. Die SPD tritt dafür ein, dass der Flächenverbrauch und die Flächenkonkurrenz, die durch den Ausbau der erneuerbaren Energien entsteht, nicht einseitig zu Lasten der Land- und Forstwirtschaft erfolgen. Die Zersiedlung der Landschaften soll vermieden und stattdessen bestehende Siedlungsstrukturen bevorzugt für eine Nutzung geprüft und verdichtet werden.

Mit dem Instrument der ländlichen Bodenordnung können auch zukünftig partnerschaftliche Lösungen für Flächen beanspruchende Vorhaben ermöglicht werden.

#### **5 Landleben lebenswert gestalten – sich den Herausforderungen des demografischen Wandels stellen**

Die nachhaltige Entwicklung der ländlichen Räume bleibt prioritäres Politikziel der SPD Brandenburgs. Der Leerstand von Häusern oder Ortsteilen in peripheren Räumen wird zukünftig nicht zu verhindern sein. Im Rückbau dieser Häuser und Dörfer sieht die SPD nicht die alleinige Lösung. Durch die zentrale Lage des Landes Brandenburg in Europa kann hierin auch ein Ausgangspunkt für Zuzug so genannter Raumpioniere liegen oder das Entstehen neuer Dorfgemeinschaften. Die Potenziale und die innovative Kraft der Menschen müssen genutzt werden, um Zukunftsfähigkeit und Lebensqualität in ländlichen Gebieten weiter zu sichern.

Politik muss die Rahmenbedingungen schaffen, um die Nahversorgung und wirtschaftliche Kreisläufe zu sichern, flexible Infrastrukturen zu entwickeln und stabile Strukturen für Bildung und Kultur zu etablieren. Die Stärkung von Demokratie und lebendiger Zivilgesellschaft sollen ebenfalls zur Entwicklung von attraktiven und lebenswerten ländlichen Räumen beitragen.

Bisherige Strukturen, Abläufe, Normen und Standards, Finanzierungsmodelle und Verantwortlichkeiten sind auf den Prüfstand zu stellen, neue Angebotsformen und effizientere Organisationsstrukturen hervorzubringen.

Nachhaltige Anpassungsstrategien sind nur durch regionale Kooperationen zu erreichen. Neben interkommunalen Kooperationen kommt der interinstitutionellen Kooperationen und deren Verknüpfung mit Selbsthilfestrukturen und bürgerschaftlichem Engagement immer größere Bedeutung zu. Sie eröffnen die größten Potenziale zur Sicherung der Daseinsvorsorge wie Bildung, medizinische und pflegerische Versorgung, öffentlicher Personennahverkehr, Ver- und Entsorgung und Kommunikation. Die Regionalplanung ist aufgrund der derzeitigen strukturellen Gegebenheiten geeignet, neue Kooperationen zu initiieren und zu moderieren.

Zu den Anpassungsstrategien für ländliche Räume im Bereich der Daseinsvorsorge soll die Grundversorgung in Landstädten oder größeren Orten konzentriert; müssen kulturelle, soziale und freizeitbezogene Angebote interkommunal abgestimmt werden. Für die Erreichbarkeit soll durch bedarfsorientierten integrierten ÖPNV und andere intelligente Verkehrsangebote (Bürger- und Rufbusse, Mitfahrgelegenheiten) sichergestellt werden. Die Förder- und Finanzierungsmöglichkeiten müssen neu durchdacht werden und auch neue Angebotsformen an Wirtschaftlichkeitskriterien ausrichten. Die Förderung soll so erfolgen, dass Fördermittel gezielt in Kernbereichen eingesetzt werden, Förderung Ressort- und Institutionen übergreifend geschieht, Budgets im Wettbewerb vergeben werden und dass das Regionalmanagement gesichert wird.

Der Zuzug junger Familien und der Verbleib älterer Generationen sind an infrastrukturelle Voraussetzungen gekoppelt, die nicht mehr in allen Ortsteilen in der bisher gewohnten Form angeboten werden können. Neue und alternative Möglichkeiten müssen gefunden und genutzt werden. Vor dem Bau neuer Infrastruktureinrichtungen oder der Sanierung vorhandener ist zu überprüfen, ob regionale beziehungsweise nichtstandardisierte Lösungen besser geeignet sind, zum Beispiel in den Bereichen Abwasserentsorgung, Energieversorgung und Straßenbau. Insbesondere sind kommunale Lösungen zu unterstützen, die den Bürgerinnen und Bürgern eine Teilhabe an der Wertschöpfung ermöglichen.

Die SPD spricht sich dafür aus, dass insbesondere in den Bereichen Mobilität, medizinische und pflegerische Versorgung, Bildung und Fachkräftesicherung, öffentliche Dienstleistungen, Sicherheit und Verwaltung, räumliche Entwicklung und soziale Infrastrukturen sowie Lebensqualität und gesellschaftlicher Zusammenhalt eine Überprüfung von Aufgaben und deren Finanzierung sowie eine bedarfsgerechte Entwicklung gegenwärtiger Strukturen erfolgt. Dabei soll die Betrachtung nicht einseitig auf die Regionalisierung gelegt werden. Es gibt auch Aufgabengebiete, die zentral besser und kostengünstiger anzubieten sind.

Eine zuverlässige Breitbandinfrastruktur ist anzubieten.

## **6 Kleine Grundschulen - Kurze Wege für kurze Beine**

Vor allem in entlegenen ländlichen Räumen ohne breit ausgebaute kulturelle Infrastruktur sind Schulen Kristallisationspunkte des ländlichen Lebens. Schulen sind stets mehr als Orte der Wissensvermittlung. Hier engagieren sich Eltern, treffen sich Generationen und die Schule bietet den räumlichen Rahmen u. a. für Vereine und Musikschulen.

Daten aus der aktuellen Bevölkerungsprognose für das Land Brandenburg deuten darauf hin, dass in den kommenden 15 Jahren die Zahl der Geburten im ländlichen Raum erneut stark zurückgehen wird.

Wir werden mit einer langfristigen Strategie dafür Sorge tragen, dass durch die Schulversorgung die Attraktivität der Region besonders für junge Familien gesichert ist, da Betreuungs- und Bildungsangebote entscheidenden Einfluss für den Verbleib beziehungsweise dem Zuzug in diese Region haben. Gerade damit werden Strukturen geschaffen, die es erlauben, Familie und Erwerbsleben miteinander zu verbinden.

## **7 Integrierte ländliche Entwicklung von unten**

Integrierte Ländliche Entwicklung (ILE) und die Gemeinschaftsinitiative zur Entwicklung des ländlichen Raums - LEADER basieren auf der Zusammenarbeit zwischen den Kommunen und dem gemeinsamen Engagement von Verwaltung, Politik, Wirtschaft und Bürgern. Sie schaffen die Verbindung zwischen Land- und Forstwirtschaft, Handwerk, Handel und Gewerbe, Siedlungsentwicklung und Naturschutz, Tourismus, Versorgung und Sozialem sowie Kultur und Bildung.

Die erfolgreiche integrierte ländliche Entwicklung muss sich zukünftig noch stärker an den Erfordernissen des demografischen Wandels ausrichten. Das erfordert die Mitwirkung und Entscheidung der Menschen für flexible und regional angepasste Lösungen.

Kommunale Konkurrenzen bei der Einwerbung von Fördermitteln sollen durch kommunale Kooperationen abgelöst werden.

Die SPD setzt sich dafür ein, dass Menschen aller Altersgruppen Wertschätzung und Unterstützung erfahren, sie ein selbstbestimmtes Leben führen können und eine Vielfalt an individuellen Lebensentwürfen auch auf dem Land möglich ist. Um Chancengleichheit und Generationengerechtigkeit für Jung und Alt zu gewährleisten, brauchen wir eine differenzierte Herangehensweise bei der Entwicklung der ländlichen Regionen.

Die Akteure im Ländlichen Raum müssen unterstützt werden, um sich ehrenamtlich engagieren zu können. Landjugend, Landfrauen, Seniorinnen und Senioren, prägen in der Freiwilligen Feuerwehr, in Sport-, Kultur, und Heimatvereinen das öffentliche Leben im Dorf. Sie sorgen für Unterstützung und sozialen Zusammenhalt und verdienen neben der gesellschaftlichen Wertschätzung auch langfristig finanzierte Strukturen.

## **8 Gewässerschutz und Landschaftswasserhaushalt**

Besondere Bedeutung hat der Landschaftswasserhaushalt für die Landnutzung und den Tourismus. Dieses Potenzial zu erhalten und auszubauen liegt in unserem besonderen Interesse. Erhalt und Stärkung der Regenerationsfähigkeit des natürlichen Wasserhaushalts sind für eine intakte Natur unverzichtbar. Wir setzen auf eine effiziente und angepasste Bewirtschaftung, sowohl auf eine Verbesserung des natürlichen Rückhaltevermögens in der Landschaft als auch auf die Schaffung und Anwendung einer zweiseitigen Wasserregulierung.

Die EU-Wasserrahmenrichtlinie und deren länderbezogene Umsetzung schaffen zwar die Voraussetzungen für einen einheitlichen hohen Gewässerschutzstandard. Durchsetzbar ist dieser allerdings nur im Zusammenwirken mit der Industrie, Landwirtschaft und allen sonstigen Gewässernutzern.

Brandenburg war in den letzten Jahren von zahlreichen Hochwasserereignissen betroffen, die große Schäden verursacht haben.

Die SPD setzt sich dafür ein, dass in den hochwassergefährdeten Gebieten des Landes durch Ausnutzung aller Möglichkeiten wie technische Schutzmaßnahmen und Management erhebliche Verbesserungen im Hochwasserschutz erreicht werden.

## 9 Chancen Erneuerbarer Energien

Beim Ausbau der Erneuerbaren Energien entsteht in Brandenburg ein Energiemix, der sich an den spezifischen Potenzialen und Grenzen jeder erneuerbaren Energiequelle orientiert.

Klimaschutz und Naturschutz dienen beide dem Erhalt natürlicher Ressourcen. Daraus folgt, dass die Nutzung erneuerbarer Energiequellen in Schutzgebieten grundsätzlich möglich sein muss.

Die Erzeugung von erneuerbarer Energie in ländlichen Räumen öffnet neue Einkommensperspektiven für unsere Land- und Forstwirte, stärkt Wirtschaftsstrukturen und bietet erhebliche Entwicklungschancen für Anlagenhersteller und das regionale Handwerk. Sie schafft neue Arbeitsplätze, darunter auch in der Biomassenutzung.

Mit dem Ausbau der Anlagen und dem Anbau nachwachsender Rohstoffe haben sich jedoch auch zahlreiche ökologische Fragestellungen verschärft. Es ist unser Ziel, Konflikte der Land- und Forstwirtschaft mit dem Boden- und Grundwasserschutz, dem Immissionsschutz und der Flächenkonkurrenz frühzeitig zu erkennen und durch angemessene Rahmenbedingungen und Verfahren zu minimieren. Es gilt, bei der energetischen Nutzung von Biomasse die anfallenden Reststoffe zu nutzen, um den Bedarf für den Anbau von Biomasse zu senken (Kaskadennutzung).

Das effektive Potenzial von Biogas ist im Land noch weitgehend ungenutzt. Im Verbund mit anderen Gasen kann ins Gasnetz eingeleitetes Biogas die Grundlage für Regelenergie sein. Diese ist notwendig, um das große, aber auch schwankende Angebot von Wind- und Solarstrom auszugleichen und somit eine sichere Versorgung zu garantieren.

## 10 Politik für Verbraucherinnen und Verbraucher

Wir befürworten einen ehrlichen Umgang mit dem mündigen Verbraucher. Dazu gehört auch eine klare EU-weite Prozesskennzeichnung bei Agrarprodukten. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Landwirte, die Lebensmittel und Futtermittel verarbeitenden Betriebe, die Lagerhalter und Händler im Sinne einer „gläsernen Produktion“ verpflichtet werden.

Gesunde Tiere und eine artgerechte Tierhaltung sind Grundvoraussetzung für eine effiziente Erzeugung qualitativ hochwertiger Lebensmittel. Eine wirksame Tierseuchenprophylaxe und -bekämpfung sowie der Tierschutz haben somit unmittelbare Auswirkungen auf den gesundheitlichen Verbraucherschutz. Beides gehört insofern zu einer zukunftsfähigen Agrarpolitik.

Wir unterstützen, dass Aufgaben des Veterinärwesens und der Lebensmittelüberwachung in den Städten und kreisfreien Städten nach einheitlichem Muster unter einem Dach vereint werden, um so steigenden Anforderungen des vorbeugenden Gesundheits- und Verbraucherschut-

zes sowie der Ernährungswirtschaft, der Gastronomie und des Handels besser gerecht zu werden.

Als Folge der Lebens- und Futtermittelskandale der jüngsten Zeit müssen Verstöße in diesem Bereich schärfer geahndet werden. Dies schließt auch Strafverschärfungen ein.

Die Verbraucherinformation muss auch außerhalb der Ballungszentren sichergestellt werden. Insbesondere die Verbraucherzentrale Brandenburg muss mit qualifiziertem Personal und technisch so ausgestattet werden, dass alle Brandenburgerinnen und Brandenburger ihre Dienstleistungen nutzen können.